

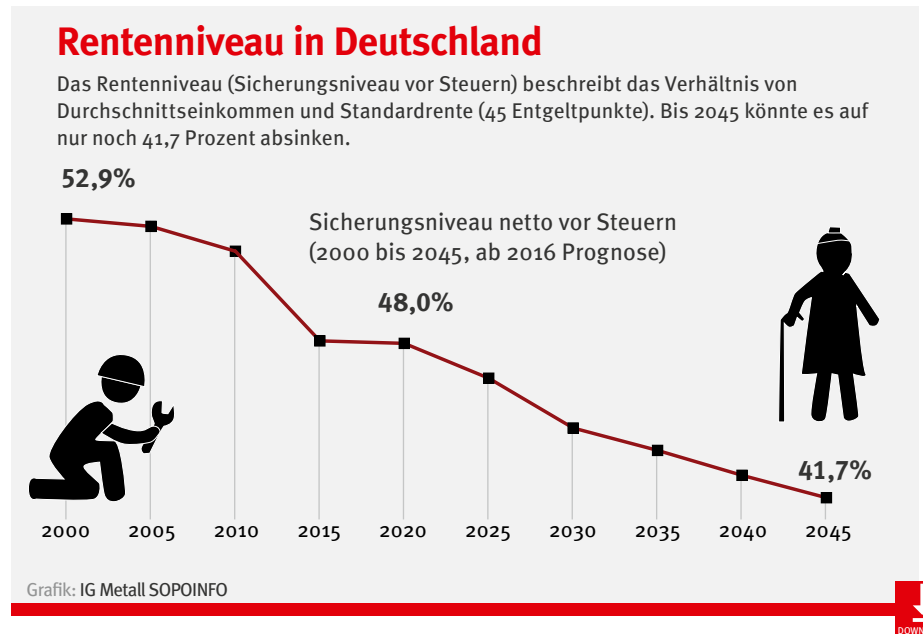
Renten bleiben hinter Lohnentwicklung zurück Die Schatten werden länger

Auf den ersten Blick ist es eine gute Nachricht, dass die Renten zum 1. Juli 2017 im Westen um 1,9 Prozent und im Osten sogar um 3,59 Prozent steigen. Doch bei näherer Betrachtung fällt auf: Die Rentenanpassung bleibt hinter der allgemeinen Lohnentwicklung zurück. Das zeigt die Notwendigkeit, spätestens nach der Bundestagswahl die Weichen in der Rentenpolitik neu zu stellen und den Sinkflug des Rentenniveaus endlich dauerhaft zu stoppen.

Regelmäßig im Frühjahr verkündet die Bundesregierung, wie sich die aktuellen Rentenwerte (aRW) in Ost und West zum 1. Juli des Jahres verändern. Dabei drückt der aRW den Gegenwert eines Entgeltpunktes in der gesetzlichen Rentenversicherung in Euro aus. Ab dem 1. Juli 2017 liegt er im Westen bei 31,03 Euro und im Osten bei 29,69 Euro – die Westrenten steigen so um 1,9 Prozent und die Ostrenten um 3,59 Prozent. Damit bleibt die Rentenanpassung allerdings deutlich hinter dem Vorjahr zurück: Im Sommer 2016 waren die Renten um 4,25 Prozent (West) bzw. um 5,95 Prozent (Ost) gestiegen.

Bessere Lohnentwicklung im Osten dank Mindestlohn

Dass die Rentenanpassung im Osten erneut höher ausfällt, ist auf die günstigere Lohnentwicklung zurückzuführen. So beträgt die für die Rentenanpassung 2017 relevante Lohnsteigerung dort 3,74 Prozent, im Westen hingegen 2,06 Prozent. Ein wesentlicher Grund hierfür ist der gesetzliche Mindestlohn, dessen Wirkung in den Ost-Bundesländern überdurchschnittlich groß ist. Laut Statistischem Bundesamt profitieren rund 22 Prozent der Beschäftigten Ost von der Lohnuntergrenze, im Westen sind es 8,9 Prozent. An den Zahlen zur Lohnentwicklung



sieht man aber auch, dass diese etwas höher ausfallen als die daraus abgeleitete Rentenentwicklung. Der Grund liegt in der Rentenanpassungsformel, mit der die jährliche Rentensteigerung berechnet wird. In ihr finden sich neben dem Entgeltfaktor, der die Lohnentwicklung berücksichtigt, noch weitere Faktoren – die die Rentenanpassung dämpfen können. So wird zunächst die Entwicklung des Beitragsatzes berücksichtigt. Steigt dieser, macht sich das negativ bei der Rentenentwicklung bemerkbar. Da es im Jahr 2016 aber keine Veränderung beim Beitragssatz gab, spielt dieser Faktor für die Anpassung 2017 keine Rolle.

Nachhaltigkeitsfaktor bremst Rentenentwicklung aus

Anders beim Nachhaltigkeitsfaktor: Dieser berücksichtigt Veränderungen im Verhältnis zwischen Rentenbeziehenden und Beitragszahlenden. Steigt die Zahl der Rentner schneller als die Zahl der Beitragszahler oder nimmt letztere gar ab, so wirkt sich das dämpfend auf die Rentenanpassung aus. In 2017 ist das der Fall: Trotz weiterhin guter Konjunktur und robustem Arbeitsmarkt werden die Renten etwas von der allgemeinen Lohnentwicklung abgekoppelt. Konkret fällt die Rentensteigerung im Westen um fast 8 Prozent niedriger



DOWNLOAD

aus als die Lohnentwicklung, im Osten um immerhin noch rund 4 Prozent. Und das ist nur der Anfang: Schon in wenigen Jahren wird der Nachhaltigkeitsfaktor deutlich stärker zuschlagen und zudem die Dämpfungswirkung steigender Rentenbeiträge hinzukommen. Bis zum Jahr 2045 droht das gesetzliche Rentenniveau von heute etwa 48 Prozent auf nur noch 41,7 Prozent zu sinken (vgl. Grafik). Daher sollte man sich nicht von jenen blenden lassen, die uns für die Zukunft sonnige Zeiten mit steigenden Renten vormachen wollen. Die Schatten werden länger und die Aussichten mit Blick auf die Alterssicherung zunehmend düster – eben weil auch steigende Renten die schrittweise Entkoppelung von der allgemeinen Wohlstandsentwicklung bedeuten, wenn die Löhne stärker steigen, das Rentenniveau also sinkt.

Große Strukturreform bei der Rente steht aus

An dieser Entwicklung werden auch die kleineren Leistungsverbesserungen der vergangenen Jahre nicht viel ändern. Zwar wurden mit dem Rentepaket 2014 (Rente ab 63) oder den bis zur Wahl im Herbst noch geplanten Änderungen etwa bei der Erwerbsminderungsrente teilweise Schritte in die richtige Richtung unternommen. Doch eine große Strukturreform für mehr versorgungs- und verteilungspolitische Gerechtigkeit in der Rentenpolitik steht unverändert aus. Die Leitlinien vergangener Reformen wurden von der großen Koalition nicht verändert: Leistungseinschnitte insbesondere beim Rentenniveau,

Teilprivatisierung der Alterssicherung zu Lasten der Beschäftigten sowie die Verlängerung der Lebensarbeitszeit durch Anhebung der Regelaltersgrenze belasten die Perspektiven der heute noch jüngeren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Sie werden mehr und mehr von sozialem Abstieg oder gar Armut im Alter bedroht.

Rentenpolitik im Zeichen der Bundestagswahl

Die IG Metall hat im Sommer 2016 ihre Vorschläge für den Neuaufbau einer solidarischen Alterssicherung vorgelegt und damit die rentenpolitische Debatte maßgeblich vorangetrieben. Und mit ihren Kampagnen werden IG Metall wie auch DGB bis zur Bundestagswahl 2017 weiter klare Positionen zur Zukunft der Rente von den Parteien einfordern. Damit verbunden ist ein klarer Auftrag an die nächste Bundesregierung: Die Stabilisierung des gesetzlichen Rentenniveaus gehört ganz oben auf die sozialpolitische Agenda und muss von weiteren Leistungsverbesserungen etwa für erwerbsgeminderte Menschen flankiert werden. Zudem sind in einem ersten Schritt alle Selbstständigen ohne obligatorische Alterssicherung in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen. Darüber hinaus müssen alle gesamtgesellschaftlichen Aufgaben wie Maßnahmen gegen Altersarmut, die „Mütterrente“ oder die Angleichung der Renten in Ost und West vollständig aus Steuermitteln finanziert werden.

Perspektivisch sollten alle Erwerbstätigen in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden, also



„Die Renten steigen, das ist gut. Doch die Probleme bleiben: Das Rentenniveau wird sinken, die Regelaltersgrenzen steigen. Altersarmut und sinkender Lebensstandard drohen für viele, wenn nicht gehandelt wird. Das Rentenniveau muss wieder rauf und die Regelaltersgrenzen wieder runter.“

HANS-JÜRGEN URBAN
geschäftsführendes
Vorstandsmitglied
der IG Metall

auch zukünftige Beamte, Selbstständige mit eigenen Versorgungswerken und Abgeordnete. Für einen echten Kurswechsel in der Rentenpolitik sind zudem die Weichen für eine schrittweise Anhebung des Rentenniveaus auf ein neues Sicherheitsziel zu stellen. Über dessen Höhe sowie die Geschwindigkeit der Anhebung muss die gesellschaftliche Debatte, die durch die IG Metall angestoßen wurde, fortgesetzt und intensiviert werden.

Impressum

Herausgeber
IG Metall Vorstand, Funktionsbereich Sozialpolitik
60519 Frankfurt am Main

Verantwortlich
Hans-Jürgen Urban

Redaktion
Christoph Ehlscheid, Angelika Beier,
Katharina Grabietz, Stefanie Janczyk, Dirk Neumann
www.sopo-info.de

Gestaltung
Warenform

Das SOPOINFO kann direkt per Mail bezogen werden. Zur Aufnahme in den E-Mailverteiler bitte eine kurze Mail senden an:

sopoinfo@igmetall.de

Abbestellung bitte ebenfalls per Mail an diese Adresse.